

BARGELD IN SCHWEDEN

Die Rückkehr des Bargelds in einer
nahezu bargeldlosen Gesellschaft

Die Kontantutredningen,
das Bargeldgesetz 2026 und
Folgerungen für Deutschland



Bargeld sichert
Teilhabe, Freiheit
und Resilienz



Bargeld als Teil der
nationalen Sicherheit
und Krisenvorsorge



Finanzielle Teilhabe
für alle Generationen



Gesetzliche Bargeldpflicht
für Lebensmittelgeschäfte
und Apotheken



Stärkung der Verantwortung
von Banken und Zentralbank



Lehren für Deutschland:
Ein hybrides, robustes
Zahlungssystem

Eine Hintergrundanalyse

Erarbeitet mit ChatGPT (OpenAI)
nach Konzeption, Fragestellungen und fachlicher Redaktion von
Prof. Dr. Herbert Kubicek

Bremen, Juli 2026

Vorwort

Kaum ein Land wurde in den vergangenen Jahren so häufig als Vorbild einer bargeldlosen Gesellschaft genannt wie Schweden. Mobile Bezahlsysteme, kontaktlose Kartenzahlungen und digitale Bankdienstleistungen führten dazu, dass Bargeld im Alltag vieler Menschen nahezu verschwand. Internationale Medien bezeichneten Schweden wiederholt als das Land, in dem Bargeld bald keine Rolle mehr spielen werde.

Umso überraschender erscheint die Entwicklung seit 2024. Ausgerechnet Schweden hat begonnen, Bargeld wieder gesetzlich zu schützen. Mit der Einsetzung der **Kontantutredningen** leitete die Regierung eine umfassende Neubewertung der Bargeldpolitik ein. Wenig später verabschiedete der Reichstag ein Gesetz, das Lebensmittelgeschäfte und Apotheken verpflichtet, Bargeld anzunehmen und gleichzeitig die Verantwortung der Banken für die Bargeldversorgung stärkt.

Diese Entwicklung fand auch außerhalb Schwedens große Beachtung. Sie wirft grundlegende Fragen auf:

- Warum hat Schweden seine bisherige Strategie geändert?
- Welche Risiken sieht die Regierung in einem nahezu vollständig digitalen Zahlungsverkehr?
- Welche Rolle spielen Krisenvorsorge und nationale Sicherheit?
- Welche Bedeutung hat Bargeld für ältere Menschen und andere digital benachteiligte Bevölkerungsgruppen?
- Lassen sich aus den schwedischen Erfahrungen Schlussfolgerungen für Deutschland ziehen?

Dieses mit Hilfe von ChatGPT erstellte Dokument gibt einen Überblick über die Hintergründe der Reform, stellt die wichtigsten Inhalte der **Kontantutredningen** und des Bargeldgesetzes 2026 vor und skizziert deren mögliche Bedeutung für Deutschland.

Ausführlicher als Presseberichte dürften diese Informationen interessant sein für Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Deutschland in Politik und Verwaltung, Banken, Verbraucherorganisationen, Wissenschaft sowie alle, die sich mit der Zukunft des Zahlungsverkehrs beschäftigen. KI kann **Fehler** machen und ich kann die schwedischen Quellen nicht zur Prüfung heranziehen. Die Zusammenfassungen von Chat GPT erscheinen mir jedoch so **plausibel**, dass ich diesen Text mit diesem Vorbehalt gerne weitergebe

Bremen Im Juli 2026

Herbert Kubicek

Executive Summary

Schweden galt lange Zeit als das international bekannteste Beispiel einer nahezu bargeldlosen Gesellschaft. Bereits Anfang der 2020er Jahre wurden mehr als neun von zehn Einkäufen elektronisch bezahlt. Zahlreiche Bankfilialen stellten ihre Bargeldservices ein, Geldautomaten wurden abgebaut und immer mehr Geschäfte akzeptierten ausschließlich Kartenzahlungen oder mobile Bezahlssysteme wie **Swish**.

Diese Entwicklung wurde zunächst überwiegend positiv bewertet. Digitalisierung, Komfort und Effizienz standen im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion.

Seit 2024 hat sich die politische Bewertung jedoch grundlegend verändert.

Auslöser waren mehrere Entwicklungen:

- der russische Angriff auf die Ukraine und die daraus resultierende Neubewertung der nationalen Sicherheit,
- zunehmende Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen,
- die Erkenntnis, dass digitale Zahlungssysteme von Stromversorgung und Telekommunikationsnetzen abhängig sind,
- sowie die zunehmenden Schwierigkeiten älterer und digital benachteiligter Menschen, am Zahlungsverkehr teilzunehmen.

Die von der Regierung eingesetzte Expertenkommission **Kontantutredningen** kam zu dem Ergebnis, dass Bargeld auch künftig eine unverzichtbare gesellschaftliche Funktion erfüllt. Es gewährleistet finanzielle Teilhabe, erhöht die Krisenfestigkeit des Zahlungsverkehrs und trägt zur Resilienz der Gesellschaft bei.

Auf Grundlage dieser Untersuchung verabschiedete der schwedische Reichstag im Jahr 2026 ein Gesetz, das Lebensmittelgeschäfte und Apotheken verpflichtet, Bargeld anzunehmen. Gleichzeitig wurden die Verantwortung der Banken für den Bargeldkreislauf sowie die Rolle der Sveriges Riksbank gestärkt.

Die Reform bedeutet keine Rückkehr zur Bargeldgesellschaft. Ziel ist vielmehr ein **hybrides Zahlungssystem**, in dem Bargeld und digitale Zahlungsmittel dauerhaft nebeneinander bestehen.

Die wichtigsten Ergebnisse auf einen Blick

Bargeld bleibt Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die schwedische Reform verbindet Digitalisierung und Bargeld, anstatt beide gegeneinander auszuspielen.

Lebensmittelgeschäfte und Apotheken müssen Bargeld grundsätzlich annehmen.

Die Verantwortung der Banken für den Bargeldkreislauf wird gesetzlich gestärkt.

Bargeld wird ausdrücklich als Bestandteil der nationalen Krisenvorsorge verstanden.

Ältere Menschen und andere digital benachteiligte Gruppen waren ein wesentlicher Anlass der Reform.

Eine allgemeine Bargeldannahmepflicht für alle Unternehmen wurde bewusst nicht eingeführt.

Die Reform stellt einen international beachteten Richtungswechsel in der Zahlungspolitik dar.

Inhaltsverzeichnis

1. Schweden auf dem Weg zur bargeldlosen Gesellschaft
2. Die Kontantutredningen – Die staatliche Untersuchung zur Zukunft des Bargelds
3. Das Bargeldgesetz 2026
4. Banken, Bargeldversorgung und die Rolle der Sveriges Riksbank
5. Schweden und Deutschland im Vergleich
6. Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Anhang

1 Schweden auf dem Weg zur bargeldlosen Gesellschaft

1.1 Ein internationales Vorbild der Digitalisierung

Über viele Jahre galt Schweden als das Land mit dem weltweit am weitesten entwickelten bargeldlosen Zahlungsverkehr. Bereits Anfang der 2010er Jahre begann ein tiefgreifender Wandel. Kartenzahlungen verdrängten zunehmend das Bargeld, während Smartphones und mobile Bezahlfverfahren neue Möglichkeiten eröffneten. Besonders das von schwedischen Banken entwickelte Zahlungssystem **Swish** wurde innerhalb weniger Jahre zum bevorzugten Zahlungsmittel vieler Bürgerinnen und Bürger.

Die Digitalisierung des Zahlungsverkehrs wurde von Banken, Handelsunternehmen und großen Teilen der Politik ausdrücklich unterstützt. Bargeld erschien zunehmend als teuer, ineffizient und sicherheitskritisch. Viele Banken reduzierten ihre Bargeldservices erheblich oder stellten sie vollständig ein. Gleichzeitig nahm die Zahl der Geldautomaten kontinuierlich ab. Im Alltag führte dies dazu, dass Bargeld zwar rechtlich weiterhin gesetzliches Zahlungsmittel blieb, praktisch jedoch vielerorts nicht mehr verwendet werden konnte. Cafés, Restaurants, Einzelhandelsgeschäfte und selbst einige öffentliche Einrichtungen akzeptierten ausschließlich elektronische Zahlungsmittel.

International wurde diese Entwicklung häufig als Modell für die Zukunft des Zahlungsverkehrs dargestellt. Schweden galt als Beweis dafür, dass eine moderne Volkswirtschaft weitgehend ohne Bargeld funktionieren könne

1.2 Der Weg in die bargeldlose Gesellschaft

Die Entwicklung Schwedens zu einer der weltweit am stärksten digitalisierten Zahlungsgesellschaften verlief weder zufällig noch kurzfristig. Sie war das Ergebnis eines über viele Jahre andauernden Zusammenspiels von technologischen Innovationen, wirtschaftlichen Interessen, politischen Rahmenbedingungen und einem ausgeprägten Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen und Banken.

Bereits in den 1990er Jahren gehörte Schweden zu den europäischen Ländern mit der höchsten Verbreitung elektronischer Bankdienstleistungen. Die flächendeckende Nutzung des Internets, die frühe Digitalisierung des Bankwesens und eine hohe Akzeptanz technischer Innovationen erleichterten den Übergang zu elektronischen Zahlungsmethoden erheblich. Während Bargeld in vielen europäischen Staaten weiterhin dominierte, setzte sich in Schweden zunächst die Kartenzahlung und später das mobile Bezahlen in nahezu allen Lebensbereichen durch.

Einen entscheidenden Impuls erhielt diese Entwicklung 2012 mit der Einführung des mobilen Zahlungssystems **Swish**. Die von mehreren schwedischen Banken gemeinsam entwickelte Anwendung ermöglichte Echtzeitüberweisungen zwischen Privatpersonen und entwickelte sich innerhalb weniger Jahre zum Standard für kleine und mittlere Zahlungen. Heute wird Swish nicht nur zwischen Privatpersonen genutzt, sondern auch von Vereinen, kleinen Unternehmen, Kirchengemeinden, Flohmärkten und vielen öffentlichen Einrichtungen.

Parallel dazu veränderte sich das Verhalten der Banken. Immer mehr Filialen verzichteten auf Bargeldkassen, Bareinzahlungen wurden eingeschränkt oder vollständig eingestellt und Geldautomaten schrittweise reduziert. Für die Kreditinstitute war dies wirtschaftlich sinnvoll. Bargeld verursacht Kosten für Transport, Versicherung, Sicherheitsmaßnahmen, Personal und technische Infrastruktur. Sinkende Bargeldnutzung führte daher nahezu zwangsläufig zu einem weiteren Abbau der Bargeldversorgung.

Auch der Einzelhandel unterstützte diese Entwicklung. Elektronische Zahlungen galten als schneller, hygienischer und kostengünstiger. Lange Warteschlangen an den Kassen konnten verkürzt werden, Bargeldbestände mussten nicht mehr verwaltet werden und Überfallrisiken gingen zurück. Zahlreiche Unternehmen begannen deshalb freiwillig, ausschließlich Kartenzahlungen zu akzeptieren. Besonders in Großstädten fanden Kundinnen und Kunden immer häufiger Geschäfte mit dem Hinweis: **"Kontantfri butik" – Bargeldfreies Geschäft.**

Innerhalb weniger Jahre entstand so ein sich selbst verstärkender Prozess:

- Je weniger Bargeld verfügbar war, desto seltener wurde es genutzt.
- Je seltener Bargeld genutzt wurde, desto stärker reduzierten Banken ihre Bargeldangebote.
- Aus einem zunächst wirtschaftlich motivierten Anpassungsprozess entwickelte sich ein sich selbst verstärkender Kreislauf.

Diese Entwicklung wurde von vielen Beobachtern als unumkehrbar angesehen.

Infokasten 1

Warum entwickelte sich Schweden schneller als andere Länder?

Mehrere Faktoren begünstigten den Übergang zum digitalen Zahlungsverkehr:

- hohe Akzeptanz technischer Innovationen,
- sehr gut ausgebaute digitale Infrastruktur,
- enge Zusammenarbeit der Banken,
- weit verbreitete Nutzung von Smartphones,
- hohes Vertrauen in staatliche Institutionen,
- geringe Vorbehalte gegenüber elektronischen Zahlungen.

Diese Kombination findet sich in kaum einem anderen europäischen Land in vergleichbarer Form.

1.3 Die Schattenseiten der Digitalisierung

Mit zunehmender Digitalisierung traten jedoch auch Probleme zutage, die zunächst kaum beachtet wurden. Besonders betroffen waren ältere Menschen. Viele von ihnen verfügten weder über Smartphones noch über ausreichende digitale Kenntnisse, um mobile Bezahlssysteme sicher zu nutzen. Gleichzeitig verschwanden immer mehr Möglichkeiten, alltägliche Einkäufe mit Bargeld zu bezahlen. Hinzu kamen Menschen mit Behinderungen, Personen mit eingeschränkten Sprachkenntnissen sowie Bürgerinnen und Bürger, die bewusst auf digitale Zahlungsmittel verzichten wollten. Für diese Gruppen bedeutete die Entwicklung einen schleichenden Verlust wirtschaftlicher Selbstständigkeit. Wer weder Karte noch Smartphone nutzen konnte, war zunehmend auf die Hilfe Dritter angewiesen.

Auch Unternehmen und Behörden erkannten weitere Risiken. Ein vollständig digitaler Zahlungsverkehr setzt voraus, dass Stromversorgung, Telekommunikationsnetze und IT-Systeme jederzeit funktionieren. Bereits kurzfristige Störungen führten wiederholt dazu, dass Kartenzahlungen vorübergehend nicht möglich waren.

Diese Erfahrungen rückten die Frage in den Mittelpunkt, ob eine moderne Gesellschaft vollständig auf ein alternatives Zahlungsmittel verzichten sollte.

1.4 Der Wendepunkt

Der eigentliche Wendepunkt trat nicht aufgrund technischer Entwicklungen ein, sondern durch eine veränderte sicherheitspolitische Lage.

Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 rückten Fragen der nationalen Resilienz und der zivilen Verteidigung in den Mittelpunkt der politischen Diskussion. Die schwedische Regierung überprüfte zahlreiche Bereiche der kritischen Infrastruktur, darunter Energieversorgung, Telekommunikation, Gesundheitswesen und Zahlungsverkehr. Dabei wurde deutlich, dass ein vollständig digitaler Zahlungsverkehr erhebliche Verwundbarkeiten aufweist. Cyberangriffe auf Banken, länger andauernde Stromausfälle oder Störungen der Telekommunikation könnten dazu führen, dass elektronische Zahlungen großflächig ausfallen.

Bargeld erhielt dadurch eine neue Bedeutung. Es wurde nicht länger nur als Zahlungsmittel betrachtet, sondern als Bestandteil der staatlichen Krisenvorsorge. Diese Neubewertung bildete den Ausgangspunkt für die Einsetzung der **Kontantutredningen** im Jahr 2024.

ABBILDUNG 2 Zeitstrahl: Entwicklung der schwedischen Bargeldpolitik 2010–2026



DIE KERNAUSSAGE DES WANDELS

Schweden hat sich vom internationalen Vorreiter der bargeldlosen Gesellschaft zu einem Land entwickelt, das Bargeld als wichtigen Bestandteil der Daseinsvorsorge, der finanziellen Teilhabe und der Krisenvorsorge anerkennt und gesetzlich schützt.



2 Die Kontantutredningen (2024–2025)

2.1 Die staatliche Untersuchung zur Zukunft des Bargelds in Schweden

Im Frühjahr 2024 beauftragte die schwedische Regierung eine unabhängige Untersuchungskommission mit einer umfassenden Analyse der zukünftigen Rolle des Bargelds im schwedischen Zahlungssystem. Der offizielle Auftrag unterschied sich grundlegend von früheren Untersuchungen. Bis dahin war die politische Diskussion vor allem von der Erwartung geprägt gewesen, dass digitale Zahlungsmittel Bargeld langfristig vollständig ersetzen würden. Die Regierung ging nun erstmals von der entgegengesetzten Fragestellung aus:

Wie kann gewährleistet werden, dass Bargeld auch künftig als allgemein verfügbares Zahlungsmittel erhalten bleibt?

Die Kommission sollte die langfristige Funktionsfähigkeit des Bargeldsystems analysieren und Vorschläge für gesetzgeberische Maßnahmen entwickeln. Das Ergebnis dieser Untersuchung wurde unter der Bezeichnung **Kontantutredningen** veröffentlicht und bildete die Grundlage für die im Jahr 2026 verabschiedete Reform des Bargeldrechts. Die Untersuchung markiert einen bemerkenswerten Paradigmenwechsel. Erstmals wurde nicht mehr gefragt, **ob** Bargeld in Zukunft noch benötigt wird, sondern **welche gesetzlichen Maßnahmen erforderlich sind, um seine dauerhafte Verfügbarkeit sicherzustellen.**

2.2 Ausgangslage

Die Bargeldnutzung in Schweden war bereits seit Beginn der 2010er Jahre kontinuierlich zurückgegangen. Während Bargeld noch Anfang des Jahrzehnts einen erheblichen Anteil der Einzelhandelsumsätze ausmachte, dominierte zehn Jahre später der elektronische Zahlungsverkehr nahezu alle Lebensbereiche.

Besonders zur Entwicklung beigetragen haben:

- die nahezu flächendeckende Kartenzahlung,
- kontaktlose Bezahlverfahren,
- mobile Zahlungssysteme wie **Swish**,
- die konsequente Digitalisierung des Bankensektors.

Parallel dazu reduzierten zahlreiche Banken ihre Bargeldservices erheblich. Viele Filialen verzichteten vollständig auf Barzahlungen oder Barauszahlungen. Geldautomaten wurden insbesondere in ländlichen Regionen abgebaut, wodurch sich die Wege zur Bargeldversorgung für viele Bürger erheblich verlängerten.

Auch im Einzelhandel setzte sich zunehmend die Auffassung durch, Bargeld verursache unnötige Kosten und Sicherheitsrisiken. Immer mehr Geschäfte akzeptierten ausschließlich Kartenzahlungen. Da das schwedische Vertragsrecht grundsätzlich Vertragsfreiheit zulässt, war diese Praxis rechtlich zulässig, obwohl Banknoten und Münzen gesetzliche Zahlungsmittel blieben.

Diese Entwicklung führte dazu, dass Bargeld zwar formal weiterhin gesetzliches Zahlungsmittel war, seine praktische Verwendbarkeit jedoch kontinuierlich eingeschränkt wurde

2.3 Neue sicherheitspolitische Rahmenbedingungen

Den entscheidenden Impuls für die Neubewertung der Bargeldpolitik lieferte jedoch nicht allein die soziale Dimension, sondern vor allem die veränderte sicherheitspolitische Lage Europas.

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 intensivierte Schweden seine Planungen zur zivilen Gesamtverteidigung (*Totalförsvaret*). In diesem Zusammenhang rückte auch die Resilienz des Zahlungsverkehrs stärker in den Mittelpunkt.

Die schwedische Regierung und die Sveriges Riksbank gingen davon aus, dass digitale Zahlungssysteme in Krisenlagen aus unterschiedlichen Gründen ausfallen können. Hierzu zählen insbesondere:

- großflächige Stromausfälle,
- Ausfälle von Telekommunikationsnetzen,
- Cyberangriffe auf Banken oder Zahlungsdienstleister,
- Sabotage kritischer Infrastrukturen,
- technische Systemfehler.

In sämtlichen dieser Szenarien kann Bargeld seine Funktion als unabhängiges Zahlungsmittel erfüllen. Während elektronische Zahlungen funktionierende Kommunikationsnetze und IT-Systeme voraussetzen, können Bargeldzahlungen grundsätzlich auch bei länger andauernden Störungen erfolgen.

Die Regierung gelangte deshalb zu der Einschätzung, dass Bargeld nicht allein unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten bewertet werden darf, sondern Bestandteil der nationalen Krisenvorsorge ist.

2.4 Soziale und demokratische Aspekte

Neben sicherheitspolitischen Überlegungen spielte auch der Gesichtspunkt der **finanziellen Inklusion** eine zentrale Rolle.

Nach Auffassung der Untersuchung darf die Möglichkeit, am wirtschaftlichen Leben teilzunehmen, nicht ausschließlich von digitalen Kenntnissen oder technischen Voraussetzungen abhängen.

Als besonders schutzbedürftig wurden unter anderem angesehen:

- ältere Menschen,
- Personen mit Behinderungen,
- Menschen mit eingeschränkten digitalen Kompetenzen,
- Einwohner ländlicher Regionen,
- Personen ohne Smartphone oder Bankkarte.

Die Untersuchung betont, dass Bargeld nicht lediglich eine Zahlungsmethode ist, sondern auch eine gesellschaftliche Teilhabefunktion besitzt. Ein vollständiger Ausschluss von Bargeld könnte dazu führen, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen ihre Selbstständigkeit verlieren oder alltägliche Einkäufe nur noch mit Unterstützung Dritter erledigen können.

Damit wurde Bargeld erstmals ausdrücklich als Bestandteil **sozialer Infrastruktur** verstanden.

Infokasten: Warum wurde Bargeld plötzlich wieder wichtig?

Die Kontantutredningen nennt im Wesentlichen vier Gründe:

- ✓ Schutz älterer Menschen und digital benachteiligter Gruppen
- ✓ Absicherung gegen Stromausfälle
- ✓ Schutz vor Cyberangriffen
- ✓ Erhöhung der Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft in Krisen

2.5 Auftrag und Einsetzung der Kontantutredningen

Die schwedische Regierung setzte die **Kontantutredningen** im Frühjahr 2024 ein. Hintergrund war die zunehmende Sorge, dass sich die Bargeldversorgung allein aufgrund marktwirtschaftlicher Entwicklungen weiter verschlechtern würde und der Staat seine Verantwortung für die Funktionsfähigkeit des Zahlungsverkehrs stärker wahrnehmen müsse. Der Untersuchungsauftrag ging dabei weit über die Frage hinaus, ob Bargeld weiterhin als gesetzliches Zahlungsmittel bestehen bleiben sollte. Vielmehr sollte untersucht werden,

- wie Bargeld auch künftig im gesamten Staatsgebiet verfügbar gehalten werden kann,
- welche gesetzlichen Verpflichtungen Banken und Einzelhandel übernehmen sollten,
- welche Mindeststandards für die Bargeldversorgung erforderlich sind,
- welche Bedeutung Bargeld für die nationale Krisenvorsorge besitzt,
- und welche gesetzlichen Änderungen notwendig sind, um diese Ziele dauerhaft zu sichern.

Damit wurde erstmals nicht mehr ausschließlich über Zahlungsverkehr gesprochen. Die Untersuchung verband finanzpolitische, wirtschaftliche, soziale und sicherheitspolitische Fragestellungen zu einem gemeinsamen Gesamtkonzept. Und die Untersuchung erhielt damit einen ausgesprochen praxisorientierten Auftrag. Es ging nicht um eine theoretische Bewertung verschiedener Zahlungsmittel, sondern um konkrete Vorschläge zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Bevölkerung unter Alltags- und Krisenbedingungen.

Bemerkenswert ist, dass der Auftrag ausdrücklich auch den **Zivil- und Katastrophenschutz** einbezog. Bargeld wurde nicht mehr ausschließlich als finanzwirtschaftliches Instrument betrachtet, sondern als Bestandteil der **gesellschaftlichen Resilienz**.

2.6 Arbeitsweise der Untersuchungskommission

Die Kontantutredningen wurde als **staatliche Sachverständigenkommission** organisiert. Sie wertete Stellungnahmen zahlreicher Institutionen aus und führte Gespräche mit Vertretern

- der Sveriges Riksbank,
- der Geschäftsbanken,
- der schwedischen Finanzaufsicht,
- des Handels,
- kommunaler Einrichtungen,
- Verbraucherorganisationen,
- Sicherheitsbehörden,
- sowie weiterer Akteure des Zahlungsverkehrs.

Die Untersuchung beschränkte sich bewusst nicht auf ökonomische Fragestellungen. Vielmehr wurden fünf gleichrangige Perspektiven berücksichtigt:

1. **Funktionsfähigkeit des Zahlungsverkehrs**
2. **Versorgungssicherheit**
3. **Wettbewerb und Marktorganisation**
4. **Verbraucherschutz # Z**
5. **Zivile Verteidigung und Krisenvorsorge** Gerade diese interdisziplinäre Herangehensweise unterscheidet die Kontantutredningen von früheren Untersuchungen zur Zukunft des Zahlungsverkehrs.

2.7 Zentrale Leitgedanken der Untersuchung

Bereits im einleitenden Teil der Untersuchung wird deutlich, dass sich der Blick auf Bargeld grundlegend verändert hat. Die Kommission geht nicht mehr davon aus, dass der Markt allein eine ausreichende Bargeldversorgung sicherstellt. Vielmehr wird festgestellt, dass mehrere Marktakteure aus betriebswirtschaftlicher Sicht ein nachvollziehbares Interesse daran haben, Bargeld möglichst weitgehend zurückzudrängen:

- Banken sparen Personal- und Sicherheitskosten.
- Handelsunternehmen reduzieren Kassenaufwand und Versicherungskosten.
- Zahlungsdienstleister erzielen Einnahmen durch elektronische Zahlungsformen.

Für die Gesellschaft insgesamt könne diese Entwicklung jedoch zu einer Unterversorgung führen. Die Untersuchung kommt deshalb zu dem Ergebnis, dass Bargeld Merkmale eines **öffentlichen Gutes** aufweist.

Dieses Argument stellt einen wesentlichen Wendepunkt der schwedischen Diskussion dar. Während früher vor allem die Effizienz digitaler Zahlungssysteme betont wurde, rückt nun die Frage in den Vordergrund, welche Zahlungsinfrastruktur der Staat dauerhaft garantieren muss.

2.8 Die wichtigsten Empfehlungen der Kontantutredningen

Die Kommission formulierte eine Reihe konkreter Empfehlungen, die später weitgehend die Grundlage der Gesetzgebung bildeten.

1. Gesetzliche Pflicht zur Bargeldannahme

Lebensmittelgeschäfte sollten verpflichtet werden, Bargeld anzunehmen. Die Kommission begründete dies damit, dass Lebensmittel zur lebensnotwendigen Grundversorgung gehören. Niemand dürfe aufgrund fehlender digitaler Zahlungsmöglichkeiten vom Erwerb von Nahrungsmitteln ausgeschlossen werden.

2. Bargeldannahme in Apotheken

Auch Apotheken sollten gesetzlich verpflichtet werden, Bargeld anzunehmen. Die Untersuchung verweist darauf, dass Medikamente ebenso wie Lebensmittel zur grundlegenden Daseinsvorsorge gehören. Gerade ältere Menschen seien häufig auf Barzahlung angewiesen.

3. Gesundheitswesen

Ein besonders bemerkenswerter Vorschlag betrifft das Gesundheitswesen. Die Untersuchung empfahl, auch Einrichtungen der gesundheitlichen Grundversorgung in die gesetzliche Bargeldannahmepflicht einzubeziehen. Begründet wurde dies damit, dass medizinische Leistungen unabhängig von den technischen Möglichkeiten eines Patienten erreichbar sein müssen. Dieser Vorschlag wurde im späteren Gesetz allerdings **nicht übernommen**.

4. Stärkere Verpflichtungen der Banken

Die Untersuchung stellte fest, dass viele Banken ihre Bargeldversorgung in den vergangenen Jahren erheblich reduziert hatten. Deshalb empfahl sie,

- ausreichende Bargeldauszahlungen sicherzustellen,
- Einzahlungen für Privatpersonen zu gewährleisten,
- Einzahlungen für Unternehmen zu ermöglichen,
- den Zugang zu Wechselgeld zu sichern,
- eine flächendeckende Bargeldinfrastruktur aufrechtzuerhalten.

Damit sollte verhindert werden, dass die Bargeldversorgung allein wirtschaftlichen Rentabilitätsüberlegungen folgt.

5. Bargeld als Bestandteil der Krisenvorsorge und Totalverteidigung

Von besonderer Bedeutung ist die ausdrückliche Einordnung des Bargelds als Bestandteil der schwedischen **Totalverteidigung (Totalförsvaret)**.

Die Untersuchung stellt fest, dass ein funktionsfähiges Bargeldsystem die Widerstandsfähigkeit des Landes gegenüber

- Naturkatastrophen,
- Stromausfällen,
- Cyberangriffen,
- Sabotageakten,
- militärischen Konflikten

erhöht. Damit wird Bargeld nicht lediglich als Zahlungsmittel verstanden, sondern als Teil der nationalen Sicherheitsarchitektur.

Die Kommission lehnt jedoch eine **allgemeine Bargeldannahmepflicht für sämtliche Unternehmen** ausdrücklich ab. Eine umfassende Verpflichtung würde nach ihrer Auffassung unverhältnismäßig in die Vertragsfreiheit eingreifen und auch Unternehmen erfassen, deren Leistungen für die Grundversorgung der Bevölkerung keine besondere Bedeutung besitzen. Stattdessen entwickelt die Untersuchung das Konzept einer **bereichsspezifischen Bargeldannahmepflicht**. Danach sollen ausschließlich diejenigen Wirtschaftsbereiche verpflichtet werden, deren Leistungen für das tägliche Leben unverzichtbar sind.

Hierzu zählen insbesondere

- **Lebensmittelgeschäfte,**
- **Apotheken,**
- **sowie nach Auffassung der Kommission grundsätzlich auch Einrichtungen der gesundheitlichen Grundversorgung.**

Diese Beschränkung stellt einen **politischen Kompromiss** dar. Einerseits wird die Vertragsfreiheit grundsätzlich erhalten; andererseits wird sichergestellt, dass jeder Bürger auch ohne elektronische Zahlungsmittel lebensnotwendige Güter erwerben kann. Gerade dieser Gedanke prägt später das Bargeldgesetz von 2026.

2.9 Bargeld als öffentliche Infrastruktur

Besonders bemerkenswert ist die wirtschaftspolitische Argumentation der Untersuchung. Die Kommission weist darauf hin, dass sämtliche Marktakteure nachvollziehbare wirtschaftliche Gründe haben, Bargeld schrittweise zurückzudrängen. Für Banken entstehen Kosten durch

- Geldautomaten,
- Bargeldtransporte,
- Sicherheitsmaßnahmen,
- Filialpersonal.

Auch Handelsunternehmen sparen Kosten, wenn Bargeld nicht mehr angenommen wird. Aus einzelwirtschaftlicher Sicht erscheint dieser Rückzug rational. Aus gesamtgesellschaftlicher Sicht entsteht jedoch ein klassisches Marktversagen. Die Untersuchung stellt deshalb fest, dass eine

funktionierende Bargeldinfrastruktur Merkmale einer **öffentlichen Infrastruktur** besitzt. Sie vergleicht diese Aufgabe sinngemäß mit anderen staatlich abgesicherten Infrastrukturen wie

- Stromversorgung,
- Telekommunikation,
- Verkehrswegen,
- Postversorgung.

Diese Einordnung gehört zu den wichtigsten wirtschaftspolitischen Aussagen der gesamten Untersuchung. Sie bedeutet, dass der Staat nicht nur Banknoten ausgeben darf, sondern auch Verantwortung dafür trägt, dass diese tatsächlich genutzt werden können.

3 Das schwedische Bargeldgesetz 2026 – Inhalt, Reichweite und praktische Bedeutung

3.1 Vom Untersuchungsbericht zum Gesetz

Die Kontantutredningen bildete die Grundlage für das im Frühjahr 2026 vom schwedischen Reichstag verabschiedete **Bargeldgesetz**. Ziel des Gesetzes war es nicht, Bargeld wieder zum dominierenden Zahlungsmittel zu machen. Vielmehr sollte gewährleistet werden, dass Bargeld dort verfügbar bleibt, wo es für die Versorgung der Bevölkerung und für die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens unverzichtbar ist. Das Gesetz verfolgt damit einen anderen Ansatz als viele frühere Diskussionen über den Zahlungsverkehr. Es stärkt Bargeld gezielt als **ergänzendes Zahlungsmittel**, das insbesondere in Krisensituationen und für bestimmte Bevölkerungsgruppen unverzichtbar bleibt.

Die schwedische Regierung betonte im Gesetzgebungsverfahren ausdrücklich, dass digitale Zahlungssysteme auch künftig den Regelfall darstellen werden. Gleichzeitig müsse jedoch verhindert werden, dass Bargeld faktisch aus dem Alltag verschwindet. Deshalb wurde erstmals eine gesetzliche Pflicht zur Bargeldannahme für bestimmte Bereiche der Grundversorgung eingeführt.

3.2 Welche Unternehmen sind betroffen?

Der Anwendungsbereich des Gesetzes ist bewusst eng gefasst. Eine allgemeine Verpflichtung aller Unternehmen zur Annahme von Bargeld wurde ausdrücklich **nicht** eingeführt. Vielmehr gilt die Bargeldannahmepflicht nur für Unternehmen, deren Leistungen für die tägliche Versorgung der Bevölkerung als besonders wichtig angesehen werden.

Verpflichtet sind insbesondere:

Lebensmittelgeschäfte

Hierunter fallen Supermärkte, Verbrauchermärkte sowie andere Geschäfte, deren Schwerpunkt im Verkauf von Lebensmitteln liegt. Der Gesetzgeber begründet diese Auswahl damit, dass jeder Mensch jederzeit Lebensmittel erwerben können muss – unabhängig davon, ob digitale Zahlungsmittel verfügbar sind.

Apotheken

Auch öffentliche und private Apotheken müssen Bargeld grundsätzlich akzeptieren. Die Begründung entspricht derjenigen für Lebensmittelgeschäfte: Medikamente gehören zur unverzichtbaren Grundversorgung.

3.3 Was bedeutet „Annahme von Bargeld“?

Das Gesetz verpflichtet die betroffenen Unternehmen grundsätzlich dazu, gesetzliche Banknoten und Münzen als Zahlungsmittel zu akzeptieren. Dabei bedeutet die Annahmepflicht nicht, dass sämtliche Kassen eines Geschäfts Bargeld annehmen müssen. Entscheidend ist vielmehr, dass **mindestens eine bediente Kasse** vorhanden ist, an der Kunden bar bezahlen können. Damit trägt das Gesetz der zunehmenden Verbreitung von Selbstbedienungskassen Rechnung. Selbstbedienungskassen dürfen weiterhin ausschließlich Kartenzahlungen akzeptieren, sofern Kunden alternativ eine bediente Kasse mit Bargeldannahme nutzen können. Dieser Kompromiss soll sowohl den Bedürfnissen der Verbraucher als auch den betrieblichen Abläufen im Handel Rechnung tragen.

3.4 Welche Ausnahmen gelten?

Der Gesetzgeber sieht mehrere Ausnahmen vor. Hierzu gehören insbesondere Situationen, in denen

- Sicherheitsgründe entgegenstehen,
- technische Besonderheiten vorliegen,
- ausschließlich automatisierte Verkaufsstellen betrieben werden,
- oder andere gesetzlich geregelte Sonderfälle vorliegen.

Damit soll verhindert werden, dass Unternehmen zu unverhältnismäßigen Investitionen verpflichtet werden. Gleichzeitig bleibt der Grundsatz bestehen, dass Bargeld im Bereich der lebensnotwendigen Versorgung verfügbar sein muss.

BARGELDGESETZ 2026 – AUF EINEN BLICK

WER MUSS BARGELD ANNEHMEN – UND WER NICHT?

Das Gesetz verpflichtet nur bestimmte Unternehmen zur Annahme von Bargeld.

BARGELDPFLICHT GILT
(Lebensmittelgeschäfte und Apotheken mit bedienten Kassen)

Diese Unternehmen müssen mindestens an einer bedienten Kasse Bargeld annehmen.

LEBENSMITTELGESCHÄFTE		APOTHEKEN	
	<ul style="list-style-type: none">• Supermärkte• Discounter• Verbrauchermärkte• kleinere Lebensmittelgeschäfte• Dorfläden		

KEINE BARGELDPFLICHT
(Bargeld kann freiwillig angenommen werden)

Diese Branchen sind nicht verpflichtet, Bargeld anzunehmen.

DROGERIEN  ✗	RESTAURANTS  ✗	CAFÉS  ✗	HOTELS  ✗	TANKSTELLEN  ✗
BAUMÄRKTE  ✗	MÖBELHÄUSER  ✗	ELEKTRONIKMÄRKTE  ✗	KLEIDUNGSGESCHÄFTE  ✗	ONLINE-HANDEL  ✗

i Selbstbedienungskassen: Unternehmen müssen nicht jede Kasse mit Bargeld ausstatten. Es genügt, wenn Kunden innerhalb des Geschäfts eine bediente Kasse nutzen können, an der Bargeld angenommen wird.

3.5 Welche Branchen sind nicht betroffen?

Die Begrenzung des Gesetzes wird besonders deutlich, wenn man die nicht erfassten Branchen betrachtet. Keine gesetzliche Bargeldannahmepflicht besteht derzeit unter anderem für:

- Restaurants
- Cafés
- Hotels
- Bekleidungsgeschäfte
- Schuhgeschäfte
- Möbelhäuser
- Baumärkte
- Elektronikmärkte
- Kinos
- Theater
- Friseure
- Fitnessstudios
- private Arztpraxen
- Tankstellen (obwohl die Riksbank ihre Einbeziehung empfohlen hatte)

Diese Unternehmen können weiterhin selbst entscheiden, ob sie Bargeld akzeptieren.

3.6 Warum wurde der Anwendungsbereich so stark begrenzt?

Während der Beratungen wurde mehrfach die Frage gestellt, warum nicht sämtliche Einzelhändler zur Bargeldannahme verpflichtet werden. Die Regierung entschied sich bewusst dagegen. Hierfür wurden im Wesentlichen drei Gründe angeführt:

- 1. Wahrung der Vertragsfreiheit:** Eine allgemeine Bargeldpflicht würde erheblich in die unternehmerische Freiheit eingreifen.
- 2. Konzentration auf lebensnotwendige Güter:** Der Gesetzgeber wollte zunächst diejenigen Bereiche absichern, die für das tägliche Leben unverzichtbar sind.
- 3. Verhältnismäßigkeit:** Eine Pflicht für sämtliche Unternehmen hätte deutlich höhere Kosten verursacht und wäre nach Auffassung der Regierung nicht erforderlich gewesen.

3.7 Praktische Folgen des Gesetzes

Für Verbraucher ergeben sich mehrere Verbesserungen. Erstmals besteht ein gesetzlicher Anspruch darauf, Lebensmittel und Medikamente auch dann erwerben zu können, wenn elektronische Zahlungsmittel nicht genutzt werden können. Dies gilt insbesondere bei

- Stromausfällen,
- Internetausfällen,
- Cyberangriffen,
- technischen Störungen,

- Verlust oder Defekt von Bankkarten.

Für ältere Menschen und Personen mit eingeschränkten digitalen Kenntnissen bedeutet das Gesetz eine deutliche Stärkung ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit. Für den Handel bleibt die Belastung dagegen überschaubar, weil sich die Bargeldpflicht auf einen eng abgegrenzten Bereich beschränkt.

4 Die Rolle der Banken und der Sveriges Riksbank

4.1 Warum die Bargeldannahmepflicht allein nicht ausreicht

Die öffentliche Diskussion über das schwedische Bargeldgesetz konzentrierte sich vor allem auf die neue Verpflichtung von Lebensmittelgeschäften und Apotheken, Bargeld anzunehmen. Tatsächlich bildet diese Regelung jedoch nur einen Teil der Reform. Ebenso bedeutsam ist die Frage, **wie das Bargeld überhaupt in Umlauf bleibt**.

Denn eine gesetzliche Annahmepflicht wäre weitgehend wirkungslos, wenn Banken kein Bargeld mehr ausgeben, Einzahlungen verweigern oder Geldautomaten flächendeckend abbauen würden. Die schwedische Reform verfolgt deshalb einen doppelten Ansatz:

1. **Bürger müssen Bargeld verwenden können.**
2. **Banken müssen Bargeld bereitstellen und den Bargeldkreislauf aufrechterhalten.**

Die schwedische Regierung betrachtet diese beiden Elemente als untrennbar miteinander verbunden.

4.2 Die schwindende Bargeldinfrastruktur

Bereits lange vor der Gesetzesreform hatte sich die Bargeldversorgung in Schweden deutlich verschlechtert. Vor allem Geschäftsbanken reduzierten ihre Bargeldleistungen erheblich. Typische Entwicklungen waren:

- Schließung von Bankfilialen
- Wegfall von Kassenschaltern
- Einschränkung der Barauszahlung
- Ablehnung von Bareinzahlungen
- Rückbau von Geldautomaten
- Zusammenlegung von Bargeldservices

Für die Banken war diese Entwicklung wirtschaftlich nachvollziehbar. Der Bargeldverkehr verursacht Kosten für

- Sicherheit,
- Transporte,
- Versicherung,
- Personal,
- Geldautomaten,
- Zähltechnik,
- Falschgeldererkennung.

Da gleichzeitig immer weniger Kunden Bargeld nutzten, erschien der weitere Abbau betriebswirtschaftlich sinnvoll. Aus Sicht des Staates entstand dadurch jedoch ein Problem.

4.3 Bargeld ist ein Kreislauf

Die Kontantutredningen beschreibt Bargeld nicht als einzelne Dienstleistung, sondern als **Kreislaufsystem**. Ein funktionierender Bargeldkreislauf besteht aus mehreren Elementen:

- Die Riksbank stellt Banknoten und Münzen bereit.
- Die Banken übernehmen Bargeld.
- Geldautomaten geben Bargeld an Bürger aus.
- Kunden bezahlen im Handel.
- Geschäfte zahlen Bargeld wieder bei Banken ein.
- Die Banken führen Bargeld der Riksbank zu.
- Fällt eines dieser Glieder aus, funktioniert der gesamte Bargeldkreislauf nicht mehr.

Gerade hierin sah die Untersuchung die größte Gefahr.



4.4 Neue Verantwortung der Banken

Deshalb stärkt die Reform ausdrücklich die Verantwortung der Kreditinstitute. Von den Banken wird erwartet, dass sie

- Bargeldauszahlungen ermöglichen,
- Bareinzahlungen annehmen,
- Unternehmen mit Wechselgeld versorgen,
- die Bargeldlogistik unterstützen,
- die Funktionsfähigkeit des Bargeldkreislaufs sichern.

Damit verändert sich die Rolle der Banken. Bargeldversorgung wird nicht mehr ausschließlich als freiwillige Serviceleistung betrachtet. Sie wird vielmehr als Bestandteil der öffentlichen Zahlungsinfrastruktur verstanden.

4.5 Geldautomaten bleiben unverzichtbar

Besondere Aufmerksamkeit widmet die Reform den Geldautomaten. Während viele Banken den Abbau von Automaten als wirtschaftlich notwendig betrachteten, weist die Regierung darauf hin, dass Bargeld ohne ausreichende Auszahlungsmöglichkeiten praktisch wertlos wäre. Deshalb soll die Bargeldversorgung künftig flächendeckend gewährleistet bleiben. Dies betrifft insbesondere

- dünn besiedelte Regionen,
- kleinere Gemeinden,
- ältere Menschen,
- Menschen ohne Auto,
- Touristen.

Die reine Existenz von Banknoten genügt also nicht. Sie müssen für die Bevölkerung tatsächlich erreichbar sein.

4.6 Die Rolle der Sveriges Riksbank

Eine Schlüsselrolle kommt der schwedischen Zentralbank zu. Während Geschäftsbanken naturgemäß betriebswirtschaftliche Interessen verfolgen, verfolgt die Sveriges Riksbank einen gesamtgesellschaftlichen Auftrag. Sie ist verantwortlich für

- die Ausgabe von Banknoten und Münzen,
- die Stabilität des Zahlungssystems,
- die Krisenvorsorge im Zahlungsverkehr,
- die Versorgung des Landes mit Bargeld.

Die Riksbank gehört zu den entschiedensten Befürwortern einer gesetzlichen Sicherung des Bargelds. In mehreren Stellungnahmen warnte sie davor, dass sich der Bargeldkreislauf nicht allein

durch Marktkräfte erhalten lasse. Nach Auffassung der Zentralbank besteht die Gefahr, dass sich jede einzelne Bank aus wirtschaftlichen Gründen aus der Bargeldversorgung zurückzieht, obwohl die Gesellschaft insgesamt weiterhin auf Bargeld angewiesen ist. Die Riksbank spricht deshalb von einer **gesamtgesellschaftlichen Verantwortung**.

4.7 Bargeld als Bestandteil der Krisenvorsorge

Ein wesentlicher Unterschied zu früheren Reformen besteht darin, dass Bargeld heute ausdrücklich unter dem Gesichtspunkt der **Resilienz** bewertet wird. Nach Auffassung der Regierung muss Schweden auch unter außergewöhnlichen Bedingungen zahlungsfähig bleiben. Hierzu zählen beispielsweise

- längere Stromausfälle,
- Cyberangriffe,
- Sabotage,
- Naturkatastrophen,
- militärische Konflikte.

In allen diesen Situationen können digitale Zahlungssysteme teilweise oder vollständig ausfallen. Bargeld bildet dann das wichtigste Ersatzsystem. Die Regierung bezeichnet Bargeld deshalb sinngemäß als **Reservfunktion des Zahlungsverkehrs**.

Kartenzahlung fällt aus – Bargeld funktioniert
Ein Szenario im Vergleich

! Ein mehrstündiger Stromausfall legt Kassensysteme, Kartenterminals und Mobilfunknetze lahm.

KARTENZAHLUNG (NICHT MÖGLICH)	BARGELD (FUNKTIONIERT)
 Stromversorgung fällt aus ✘ Kassensysteme und Terminals gehen aus.	 Stromversorgung fällt aus ✔ Bargeld benötigt keinen Strom.
 Mobilfunk und Internet ausgefallen ✘ Keine Verbindung zu Banken oder Netzbetreibern.	 Mobilfunk und Internet ausgefallen ✔ Bargeld funktioniert ohne Netz und Internet.
 Kartenterminal funktioniert nicht ✘ Zahlung kann nicht verarbeitet werden.	 Bargeld an der bedienten Kasse ✔ Bargeld kann angenommen werden.
 Mobile Bezahl-Apps sind nicht verfügbar ✘ Apps können nicht gestartet oder genutzt werden.	 Kunde bezahlt mit Bargeld ✔ Zahlung ist sofort und sicher abgeschlossen.
 Einkauf nicht möglich ✘ Kunde kann nicht bezahlen und kann die Waren nicht erhalten.	 Einkauf möglich ✔ Kunde erhält seine Waren oder Medikamente.
 Ergebnis: Elektronische Zahlungen sind nicht möglich. Die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten ist gefährdet.	 Ergebnis: Bargeld ermöglicht Zahlungen auch ohne Strom, Internet und Mobilfunk. Die Grundversorgung bleibt sichergestellt.

 **Bargeld erhöht die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft.**
Es sichert Handlungsfähigkeit in Krisen – unabhängig von Technik und Infrastruktur.

5 Schweden und Deutschland im Vergleich

5.1 Zwei unterschiedliche Wege zum Schutz des Bargelds

Die schwedische Bargeldreform wird in Deutschland häufig als Beleg dafür angeführt, dass selbst das Land mit der weltweit stärksten Digitalisierung des Zahlungsverkehrs den Wert des Bargelds wieder neu entdeckt hat. Tatsächlich unterscheiden sich die rechtlichen Rahmenbedingungen in beiden Ländern jedoch erheblich.

Während Deutschland traditionell als Bargeldland gilt, existieren dort bislang nur wenige gesetzliche Vorschriften, die den praktischen Einsatz von Bargeld sichern. Schweden dagegen war über Jahre Vorreiter des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und hat sich erst nach einer grundlegenden Neubewertung entschlossen, den Einsatz von Bargeld gesetzlich in Teilbereichen zu schützen. Der Vergleich zeigt, dass beide Länder von unterschiedlichen Ausgangspunkten kommen, sich ihre Ziele inzwischen jedoch teilweise annähern.

5.2 Gesetzliches Zahlungsmittel

Sowohl in Deutschland als auch in Schweden sind Banknoten und Münzen gesetzliche Zahlungsmittel. Dieser Begriff wird jedoch häufig missverstanden. Er bedeutet **nicht**, dass jedes private Unternehmen Bargeld annehmen muss. Im privaten Geschäftsverkehr gilt grundsätzlich die Vertragsfreiheit. Händler können deshalb – soweit keine besonderen gesetzlichen Vorschriften entgegenstehen – festlegen, welche Zahlungsmittel sie akzeptieren. Deshalb konnten sowohl in Deutschland als auch in Schweden zahlreiche Geschäfte ausschließlich Kartenzahlung verlangen. Schweden hat diese Vertragsfreiheit nun erstmals in Teilbereichen eingeschränkt.

5.3 Die Rechtslage in Deutschland

In Deutschland existiert bislang **keine allgemeine gesetzliche Bargeldannahmepflicht für private Unternehmen**. Einzelhändler können beispielsweise

- ausschließlich Kartenzahlung,
- ausschließlich EC-Karten,
- oder andere Zahlungsmittel akzeptieren,

wenn sie ihre Kunden hierüber rechtzeitig informieren.

Anders verhält es sich bei **öffentlichen Stellen**. Hier haben mehrere Gerichtsentscheidungen – bis hin zum Europäischen Gerichtshof und zum Bundesverwaltungsgericht – klargestellt, dass Euro-Bargeld grundsätzlich gesetzliches Zahlungsmittel ist und nur aus besonderen gesetzlichen Gründen ausgeschlossen werden darf. Für private Unternehmen gelten diese Grundsätze jedoch nicht.

5.4 Die Rechtslage in Schweden

Schweden geht seit 2026 einen anderen Weg. Das neue Gesetz verpflichtet bestimmte Unternehmen ausdrücklich zur Bargeldannahme. Hierzu gehören insbesondere

- Lebensmittelgeschäfte,
- Apotheken.

Damit entsteht erstmals ein gesetzlicher Mindestbereich, innerhalb dessen Verbraucher Bargeld unabhängig von den Geschäftsbedingungen einsetzen können. Außerhalb dieses Bereichs bleibt jedoch auch in Schweden die Vertragsfreiheit bestehen.

5.5 Warum Deutschland bisher anders handelt

Die unterschiedliche Entwicklung lässt sich historisch erklären.

- Deutschland verfügte über Jahrzehnte über eine sehr hohe Bargeldnutzung.
- Selbst heute werden viele kleinere Einkäufe noch bar bezahlt.
- Deshalb bestand bislang kein vergleichbarer politischer Handlungsdruck.
- Schweden hingegen erreichte bereits vor einigen Jahren einen Punkt, an dem Bargeld im Alltag vieler Menschen kaum noch verwendet werden konnte.
- Erst diese Entwicklung machte gesetzgeberisches Handeln erforderlich.
- Deutschland könnte allerdings künftig vor ähnlichen Fragen stehen, wenn die Bargeldnutzung weiter zurückgeht.

Ein weiterer Unterschied betrifft die **Bargeldversorgung**.

In Schweden hat der Gesetzgeber ausdrücklich betont, dass Banken Verantwortung für die Funktionsfähigkeit des Bargeldkreislaufs tragen. Die Versorgung mit Bargeld wird dort zunehmend als Bestandteil der öffentlichen Infrastruktur verstanden. In Deutschland existieren zwar ebenfalls gesetzliche Aufgaben der Bundesbank sowie freiwillige Leistungen der Kreditwirtschaft. Eine vergleichbare gesetzliche Verpflichtung der Geschäftsbanken zur Sicherung des Bargeldkreislaufs besteht jedoch bislang nicht. Auch der fortschreitende Abbau von Bankfilialen und Geldautomaten wird bisher überwiegend dem Markt überlassen.

5.7 Krisenvorsorge

Besonders deutlich unterscheiden sich beide Länder in der Begründung ihrer Bargeldpolitik.

Die schwedische Reform stützt sich wesentlich auf Überlegungen der nationalen Sicherheitsstrategie. Bargeld wird dort ausdrücklich als Bestandteil der Krisenvorsorge verstanden. Genannt werden unter anderem

- Cyberangriffe,
- Stromausfälle,
- Sabotage,
- militärische Konflikte,
- Naturkatastrophen.

In Deutschland spielt dieser Gesichtspunkt bislang eine geringere Rolle. Zwar weisen auch die Deutsche Bundesbank sowie das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe darauf hin, dass Bargeld für Notlagen wichtig bleibt. Eine umfassende gesetzliche Umsetzung wie in Schweden existiert bislang jedoch nicht.

5.8 Schutz älterer Menschen

Ein weiterer Schwerpunkt der schwedischen Reform betrifft die soziale Teilhabe. Die Regierung verweist ausdrücklich darauf, dass ältere Menschen sowie Personen mit eingeschränkten digitalen Kompetenzen weiterhin auf Bargeld angewiesen sind. Diese Argumentation findet sich auch in Deutschland. Allerdings wurde daraus bislang keine gesetzliche Bargeldannahmepflicht für Unternehmen abgeleitet. Schweden geht hier einen Schritt weiter.

Die schwedische Reform stellt keinen Abschied vom digitalen Zahlungsverkehr dar. Vielmehr verfolgt sie das Ziel, **digitale Zahlungsmittel und Bargeld dauerhaft nebeneinander zu erhalten**.

Deutschland verfolgt bislang einen anderen Ansatz. Der Gesetzgeber vertraut weitgehend darauf, dass Marktteilnehmer und Verbraucher selbst über die Nutzung verschiedener Zahlungsmittel entscheiden.

Der schwedische Gesetzgeber geht dagegen davon aus, dass Marktmechanismen allein langfristig nicht ausreichen, um Bargeld als allgemein verfügbares Zahlungsmittel zu erhalten. Deshalb greift der Staat gezielt regulierend ein – allerdings nur in den Bereichen der lebensnotwendigen Grundversorgung.

Gerade dieser begrenzte Eingriff könnte auch für Deutschland ein interessanter Ansatz sein. Er verbindet den Schutz der Vertragsfreiheit mit der Sicherung eines Mindestangebots an Bargeldnutzung für alle Bürgerinnen und Bürger.

ABBILDUNG 6

DEUTSCHLAND UND SCHWEDEN IM VERGLEICH

Zwei Strategien – ein Ziel: Bargeld erhalten



SCHWEDEN

Gezielter gesetzlicher Schutz

DEUTSCHLAND

Marktbasierter Ansatz



Seit 1. Juli 2026 gesetzliche Bargeldpflicht für Lebensmittelgeschäfte und Apotheken mit bedienten Kassen.	 BARGELD-ANNAHME	Keine gesetzliche Annahmepflicht. Unternehmen entscheiden selbst, welche Zahlungsmittel sie akzeptieren.
Banken müssen Auszahlungen, Bareinzahlungen und die Versorgung mit Wechselgeld sicherstellen.	 VERANTWORTUNG DER BANKEN	Keine gesetzliche Verpflichtung. Bargeldservices werden zunehmend zur freiwilligen Leistung.
Deutlicher Rückgang, besonders auf dem Land. Staat erkennt Unterversorgung und steuert dagegen.	 GELDAUTOMATEN UND VERSORGUNG	Rückgang ebenfalls spürbar. Maßnahmen vor allem freiwillig, regionale Unterschiede groß.
Bargeld ist Teil der zivilen Gesamtverteidigung (Totalförsvaret) und der Krisenvorsorge.	 KRISENFESTIGKEIT UND SICHERHEIT	Bargeld spielt in der nationalen Sicherheitsstrategie bisher nur eine geringe Rolle.
Fokus auf finanzieller Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger – unabhängig von Technik und digitaler Kompetenz.	 FINANZIELLE TEILHABE	Thema Teilhabe wird diskutiert, aber gesetzlich noch nicht konkret abgesichert.
Swish und Kartenzahlung bleiben stark verbreitet. Ziel ist ein hybrides System aus digital und Bargeld.	 DIGITALE ZAHLUNGSMITTEL	Digitalisierung schreitet voran. Kein Widerspruch zwischen digital und Bargeld – Ergänzung angestrebt.
Gesetzlich gesichert bis auf Weiteres. Regelmäßige Überprüfung und Anpassung möglich.	 GESETZLICHER RAHMEN	Bargeld aktuell nicht gesetzlich geschützt. Entwicklung hängt von Markt und Politik ab.
 GEMEINSAMES ZIEL Ein modernes Zahlungssystem, das den Alltag erleichtert und zugleich in Krisen funktioniert – für eine starke, resiliente und inklusive Gesellschaft.		

24 **BARGELD IN SCHWEDEN** – Die Rückkehr des Bargelds in einer nahezu bargeldlosen Gesellschaft

6. Schlussfolgerungen für Deutschland

Deutschland unterscheidet sich derzeit noch deutlich von Schweden. Die Bargeldnutzung ist höher. Gleichzeitig nimmt jedoch auch in Deutschland die Zahl bargeldloser Geschäfte zu. Der Rückbau von Bankfilialen und Geldautomaten setzt sich ebenfalls fort. Vor diesem Hintergrund könnten folgende Maßnahmen diskutiert werden.

(1) Mindestschutz für die Grundversorgung

Wie Schweden könnte auch Deutschland prüfen, ob in bestimmten Bereichen eine gesetzliche Bargeldannahmepflicht sinnvoll wäre. Hierzu könnten gehören

- Lebensmittelgeschäfte,
- Apotheken,
- öffentliche Krankenhäuser,
- kommunale Dienstleistungen.

Dadurch würde sichergestellt, dass jeder Bürger lebensnotwendige Leistungen unabhängig von digitalen Zahlungsmitteln in Anspruch nehmen kann.

(2) Sicherung der Bargeldversorgung

Ebenso wichtig wäre die Frage, wie

- Geldautomaten,
- Bareinzahlungen,
- Wechselgeldversorgung,
- Bargeldtransporte

langfristig gesichert werden können. Die schwedische Reform zeigt, dass Bargeldannahme und Bargeldversorgung untrennbar zusammengehören.

(3) Bargeld als Bestandteil der Zivilverteidigung

Deutschland entwickelt derzeit ebenfalls Konzepte zum Schutz kritischer Infrastrukturen. Hier könnte Bargeld künftig stärker berücksichtigt werden. Denkbar wäre beispielsweise, dass Bargeld ausdrücklich Bestandteil der nationalen Krisenvorsorge wird.

(4) Schutz digital benachteiligter Menschen

Die schwedische Reform macht deutlich, dass Digitalisierung immer auch soziale Fragen aufwirft. Ein vollständig digitaler Zahlungsverkehr setzt voraus,

- dass jeder Bürger über geeignete Geräte verfügt,
- digitale Kompetenzen besitzt,
- Zugang zum Bankensystem hat.

Diese Voraussetzungen sind nicht für alle Menschen gleichermaßen erfüllt.

ABBILDUNG 7 10 LEHREN AUS SCHWEDEN
Was Deutschland aus dem schwedischen Weg der Bargeldsicherung mitnehmen kann

1		Bargeld ist Daseinsvorsorge Bargeld darf nicht allein den Marktkräften überlassen werden. Es ist Teil der Grundversorgung.	<i>Gesellschaftlicher Nutzen steht über kurzfristigen Kosten.</i>
2		Schutz dort, wo er wirklich nötig ist Eine Bargeldpflicht für Lebensmittel und Apotheken sichert die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs.	<i>Gezielte Regeln sind wirksamer als eine allgemeine Pflicht.</i>
3		Verantwortung der Banken klären Banken tragen eine besondere Verantwortung für den Bargeldkreislauf – sie sollten gesetzlich dazu verpflichtet werden.	<i>Klare Regeln schaffen Verlässlichkeit und Planungssicherheit.</i>
4		Regionale Versorgung sicherstellen Gerade in ländlichen Regionen braucht es Mindeststandards für Geldautomaten und Bargeldservices.	<i>Gleichwertige Lebensverhältnisse erfordern auch Zugang zu Bargeld.</i>
5		Finanzielle Teilhabe sichern Niemand sollte aufgrund fehlender digitaler Kompetenzen oder technischer Ausstattung ausgeschlossen werden.	<i>Freiheit bedeutet auch die Wahl zwischen Zahlungsmitteln.</i>
6		Bargeld stärkt die Sicherheit des Landes In Krisen, bei Cyberangriffen oder Stromausfällen bleibt Bargeld ein verlässliches Zahlungsmittel.	<i>Resilienz braucht analoge Alternativen.</i>
7		Hybride Systeme sind die Zukunft Digitale Zahlungsmittel und Bargeld schließen sich nicht aus. Sie ergänzen sich sinnvoll.	<i>Technologieoffenheit statt Ideologie.</i>
8		Regelmäßig überprüfen und anpassen Gesetzliche Regelungen sollten in festen Abständen evaluiert und weiterentwickelt werden.	<i>Flexibilität sichert Wirkung und Akzeptanz.</i>
9		Transparente Kommunikation Bürgerinnen und Bürger müssen verstehen, warum Bargeld wichtig ist und welche Rechte sie haben.	<i>Vertrauen entsteht durch Information und Dialog.</i>
10		Europäische Zusammenarbeit fördern Bargeld ist auch europäische Infrastruktur. Erfahrungen sollten ausgetauscht und gemeinsame Standards entwickelt werden.	<i>Gemeinsam stärker für eine stabile Zukunft.</i>

“ Schweden zeigt, dass ein moderner Staat Verantwortung übernehmen kann, ohne die Vorteile der Digitalisierung aufzugeben. Das Ziel ist nicht die Rückkehr zur Vergangenheit – sondern die Sicherung der Freiheit für die Zukunft. ”

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Kontantutredningen (SOU 2025:32), Regierungsproposition 2026/27:16 und weiterer offizieller schwedischer Veröffentlichungen.

25

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass auch die Deutsche Bundesbank 2025 zu einer ähnlichen Einschätzung gelangt ist wie die Schwedische Reichsbank:

Die Bundesbank und Schweden – ähnliche Analyse, unterschiedliche Konsequenzen

In ihrem Monatsbericht „Bargeld in der deutschen Gesellschaft – ein aktuelles Meinungsbild“ (2025) beschreibt sie jedoch ähnliche Herausforderungen: den sich selbst verstärkenden Rückgang der Bargeldnutzung, die Bedeutung von Bargeld für die Resilienz des Zahlungsverkehrs sowie seine Funktion für gesellschaftliche Teilhabe und technische Ausfallsicherheit. Während Schweden daraus gesetzgeberische Konsequenzen gezogen hat, beschränkt sich die Bundesbank bislang auf die Analyse dieser Entwicklungen.

Anhang: Die wichtigsten offiziellen Quellen

Kontantutredningen (2024) Staatliche Untersuchung – Analyse und Empfehlungen

Payments Report 2026 (Riksbank) Fachliche Bewertung und Empfehlungen der Zentralbank

Prop. 2025/26:199 Regierungsentwurf zur Umsetzung der Reform

Lag (2026:769) Verabschiedetes Gesetz

Die Kontantutredningen

Offizielle Bezeichnung Kontantutredningen
(Fi2024/00068)

*Promemoria des schwedischen
Finanzministeriums zur Zukunft des
Bargelds und zur Sicherung seiner
Funktionsfähigkeit als Zahlungsmittel.*

Auftraggeber und Herausgeber

**Finansdepartementet (schwedisches
Finanzministerium)**

Einsetzung 12. Januar 2024

Die schwedische Regierung beauftragte
einen Sonderermittler, zu prüfen,

- ob gesetzliche Regelungen zur Bargeldannahme erforderlich sind,
- wie der Zugang zu Bargeld langfristig gesichert werden kann,
- welche Rolle Bargeld bei Krisen und erhöhter Bereitschaft spielt,
- welche Verantwortung Banken künftig übernehmen sollen.

Veröffentlichung 19. Dezember 2024

Anlass

Die schwedische Regierung reagierte auf

- den starken Rückgang der Bargeldnutzung,
- den Abbau von Bankfilialen und Geldautomaten,
- die zunehmende Digitalisierung des Zahlungsverkehrs,
- neue Anforderungen an die zivile Krisenvorsorge und Resilienz.

Bedeutung

ABBILDUNG 1 Titelseite der Kontantutredningen (SOU 2025:32)



Die Kontantutredningen wurde im März 2024 von der schwedischen Regierung eingesetzt und legte ihren Abschlussbericht im Februar 2025 vor. Der Bericht enthält eine umfassende Analyse der zukünftigen Rolle des Bargelds sowie konkrete Empfehlungen für Gesetzgebung und staatliche Maßnahmen.

Originaldokument (Schwedisch).
Kontantutredningen (Fi2024/00068)

[Schwedische Originalfassung \(PDF und Dokumentenseite\)](#)

Die Kontantutredningen bildete die Grundlage für

- die Regierungsproposition **Prop. 2025/26:199**
- und das **Bargeldgesetz (Lag 2026:769)**, das am **1. Juli 2026** in Kraft trat.

Payments Report 2026 der Sveriges Riksbank

Offizieller Titel

Payments Report 2026

Herausgeber

Sveriges Riksbank

Veröffentlichung

12. März 2026

Ziel des Berichts

Der **Payments Report** ist der jährliche Grundsatzbericht der Sveriges Riksbank zum schwedischen Zahlungsverkehr.

Er analysiert

- die Entwicklung des Zahlungsmarktes,
- das Zahlungsverhalten der Bevölkerung,
- Bargeld und digitale Zahlungsmittel,
- die Sicherheit und Resilienz des Zahlungssystems,
- die Rolle der Zentralbank,
- sowie notwendige gesetzgeberische und regulatorische Maßnahmen.

Warum ist der Bericht wichtig?

Während die **Kontantutredningen** den politischen Reformvorschlag entwickelte und die **Regierungsproposition** diesen in Gesetzesform überführte, beschreibt der **Payments Report** die fachliche Position der Sveriges Riksbank



STATISTICS PAYMENTS & CASH MONETARY POLICY FINANCIAL STABILITY

Start > Payments & cash > Payments Report > Payments Report 2026

Payments Report 2026

The Riksbank's responsibility payments

The Riksbank's objective is for payments in Sweden to be safe, efficient. Payments shall also function in peacetime crisis situations and states of

The payments market is based on a cooperation between the private and public. The Riksbank analyses the payments market from a socio-economic perspective and provides solutions and takes action where it is difficult to attain the objectives without central government involvement.

Originalquelle

Payments Report 2026

Sveriges Riksbank – Payments Report 2026

Direkter PDF-Download:

[Payments Report 2026 \(PDF\)](#)

Die Regierungsproposition

Offizieller Titel

Prop. 2025/26:199

Åtgärder för att stärka kontanternas funktionssätt

(„Maßnahmen zur Stärkung der Funktionsfähigkeit des Bargelds“)

Veröffentlichung März 2026

Beschlussgrundlage für den Reichstag

Die Proposition setzt die wesentlichen Empfehlungen der Kontantutredningen in konkrete Gesetzgebung um. Sie enthält die Begründung für die Bargeldannahmepflicht, die neuen Verpflichtungen der Banken sowie die Einbindung des Bargelds in die Krisenvorsorge.

SVERIGES
RIKSDAG

Lättläst: Teckenspråk In English Other

Aktuellt

Dokument & lagar

Ledamöter & partier

Så fungerar riksdagen

Start > Dokument & lagar > Lag (2026:769) om skyldighet för livsmedelsbutiker och apotek att ta emot kontant betalning

Lag (2026:769) om skyldighet för livsmedelsbutiker och apotek att ta emot kontant betalning

SFS nr: 2026:769

Departement/myndighet: Finansdepartementet FMA FPM

Utfärdad: 2026-05-28

Ändringsregister: SFSR (Regeringskansliet) >

Källa: Fulltext (Regeringskansliet) >

Regeringens proposition
2025/26:199



Åtgärder för att stärka kontanternas
funktionssätt

Prop.
2025/26:199

Regeringen överlämnar denna proposition till riksdagen.

Stockholm den 12 mars 2026

Ulf Kristersson

Niklas Wykman
(Finansdepartementet)

Original-PDF. [Prop. 2025/26:199 \(PDF\)](#)

Das schwedische Bargeldgesetz 2026

Offizielle Bezeichnung

Lag (2026:769) om skyldighet för livsmedelsbutiker och apotek att ta emot kontant betalning

(Gesetz über die Verpflichtung von Lebensmittelgeschäften und Apotheken zur Annahme von Bargeld)

Beschluss

Schwedischer Reichstag (Riksdagen)

Beschluss im Juni 2026.

Inkrafttreten. 1.Juli 2026

Lag (2026:769) om skyldighet för livsmedelsbutiker och apotek att ta emot kontant betalning

SFS nr: 2026:769

Departement/myndighet: Finansdepartementet FMA FPM

Utfärdad: 2026-05-28

Ändringsregister: SFSR (Regeringskansliet) >

Källa: Fulltext (Regeringskansliet) >

Originalquellen

Gesetz (Schwedisch)

Lag (2026:769) om skyldighet för livsmedelsbutiker och apotek att ta emot kontant betalning

[Schwedischer Reichstag – Gesetzestext \(SFS 2026:769\)](#)

Glossar

Bargeldkreislauf: Gesamtheit aller Vorgänge von der Ausgabe der Banknoten durch die Zentralbank über Banken und Handel bis zur Rückführung des Bargelds

Kontantutredningen: Von der schwedischen Regierung eingesetzte Untersuchungskommission zur Zukunft des Bargelds.

Prop. 2025/26:199: Regierungsproposition zum Bargeldgesetz 2026.

Resilienz: Fähigkeit eines Systems, auch bei Krisen, Stromausfällen oder Cyberangriffen funktionsfähig zu bleiben.

Riksbank: Die schwedische Zentralbank. Sie gibt Banknoten und Münzen aus und trägt Verantwortung für Stabilität und Funktionsfähigkeit des Zahlungssystems.

Swish: 2012 eingeführtes mobiles Zahlungssystem schwedischer Banken. Swish entwickelte sich innerhalb weniger Jahre zum dominierenden mobilen Zahlungsmittel in Schweden.

Totalförsvaret: Schwedisches Konzept der **Gesamtverteidigung**, das militärische und zivile Vorsorge miteinander verbindet. Zur zivilen Verteidigung zählen unter anderem Energieversorgung, Telekommunikation, Gesundheitswesen und – nach der Neubewertung der vergangenen Jahre – auch der Zahlungsverkehr.

Gesetzliches Zahlungsmittel: Banknoten und Münzen, die gesetzlich als Zahlungsmittel anerkannt sind. Dies bedeutet jedoch nicht automatisch, dass jedes private Unternehmen Bargeld annehmen muss. Ob eine Annahmepflicht besteht, richtet sich nach den jeweiligen gesetzlichen Regelungen.

Vertragsfreiheit: Grundsatz des Privatrechts, wonach Unternehmen grundsätzlich selbst entscheiden können, welche Zahlungsmittel sie akzeptieren. Das schwedische Bargeldgesetz schränkt diese Vertragsfreiheit nur in eng begrenzten Bereichen der Grundversorgung ein.